

Politik für junge Menschen: auf allen Ebenen!

Die BDKJ-Diözesanversammlung hat beschlossen:

Kinder- und Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle politischen Ebenen betrifft. Junge Menschen sind nicht nur unsere Zukunft, sondern auch unsere Gegenwart. Gleichzeitig müssen junge Menschen die Folgen politischer Entscheidungen am längsten mittragen. Kinder- und Jugendpolitik ist daher untrennbar mit Generationengerechtigkeit verbunden. Als BDKJ Speyer sind wir eine Werkstatt der Demokratie, in der junge Menschen aktiv an demokratischen Prozessen teilhaben, gemeinsam Entscheidungen treffen und sich für eine gerechtere Zukunft einsetzen. Die Perspektiven junger Menschen sind in aktuellen politischen Debatten aber kaum sichtbar. Wir fordern daher Politiker*innen auf allen Ebenen auf, sich für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft stark zu machen.

1. Europäische und internationale Politik

Junge Menschen wachsen in einer globalisierten und vernetzten Welt auf. In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft können alle jungen Menschen internationale Begegnung erfahren, denn dies fördert das Verständnis füreinander, Solidarität, den Einsatz für Demokratie und das Engagement für soziale Gerechtigkeit. Für viele junge Menschen ist die Europäische Union selbstverständlich. Eine kinder- und jugendgerechte Politik endet daher nicht an Staatsgrenzen, sondern sie muss im Sinne heutiger und zukünftiger Generationen in Europa und weltweit gedacht werden.

Junge Menschen im globalen Süden tragen am wenigsten zum Klimawandel bei, sind aber am stärksten von ihren Folgen betroffen. Gerade deshalb braucht es starke internationale Partnerschaften, um sich weltweit für Kinderrechte, Frauenrechte, Klimaschutz und Menschenrechte insgesamt einzusetzen.

Unsere Forderungen:

Die Beschlüsse des BDKJ-Bundesverbandes sind die Grundlage unserer entwicklungspolitischen und international jugendpolitischen Forderungen¹, außerdem bekräftigen wir unsere Forderungen zum Ergebnis der Europawahlen 2024.²

Unser Beitrag:

Als BDKJ Speyer halten wir in Kooperation mit unseren Jugend- und Regionalverbänden den Kontakt zu Abgeordneten des Europaparlaments der demokratischen Parteien aus unserem Diözesangebiet. Durch unsere Teilnahme am weltwärts-Programm für internationale Freiwilligendienste und am IJFD (Internationaler Jugendfreiwilligendienst) fördern wir internationale Begegnung und Verständigung junger Menschen. Als BDKJ Speyer setzen wir uns aktiv für eine gerechtere Welt ein. Als Mitglied im Bündnis Erlassjahr und Unterstützer der Initiative Lieferkettengesetz engagieren wir uns für globale Gerechtigkeit, faire Handelsstrukturen und die Einhaltung menschenrechtlicher Standards in weltweiten Lieferketten.

2. Bundespolitik

¹ Bspw. Beschluss „Jetzt erst recht: Für unser Europa“ (BDKJ-Hauptausschuss, 2020) oder Beschluss „Klimagerechtigkeit jetzt! Wir fordern globale Gerechtigkeit“ (BDKJ-Hauptversammlung 2021).

² Beschluss „Positionspapier des BDKJ Speyer zum Ergebnis der Europa- und Kommunalwahlen 2024“ (Konferenzen der Jugend- und Regionalverbände des BDKJ Speyer, 2024).

Eine kinder- und jugendgerechte Politik stärkt das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat. Wenn junge Menschen von klein auf erleben, dass ihre eigene Meinung Gewicht hat und dass ihre Interessen gehört werden, entsteht eine widerstandsfähige demokratische Kultur. Hierfür müssen junge Menschen unabhängig von geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, sozialem Status, ökonomischen Voraussetzungen, Bildungshintergrund, Herkunft sowie kognitiven und körperlichen Fähigkeiten gerechte Chancen haben, gut aufzuwachsen und selbstbestimmt ihre Lebensentwürfe verfolgen zu können. Sie müssen vor Diskriminierung und Ausgrenzung geschützt werden. Daher haben menschenfeindliche Parteien und Positionen in einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft keinen Platz. Junge Menschen sind nicht nur Schüler*innen oder die Kinder ihrer Eltern, sondern Bürger*innen, die in einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft selbstverständlich gleichwertig beteiligt sind.

Unsere Forderungen:

Wir schließen uns den bundespolitischen Forderungen des BDKJ-Bundesverbandes an.³

Unser Beitrag:

Als BDKJ Speyer suchen wir in Kooperation mit unseren Jugend- und Regionalverbänden den Kontakt zu den Mitgliedern des Bundestages der demokratischen Parteien aus unserem Diözesangebiet. Als zivilgesellschaftliche Organisation behalten wir kinder- und jugendpolitische Entwicklungen im Blick und stärken politische Bildung.

3. Landespolitik

Die Bundesländer spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung von Kinder- und Jugendpolitik. Denn die hier getroffenen Entscheidungen wirken sich auf die Rahmenbedingungen für den Alltag junger Menschen aus: auf ihre Bildung und Ausbildung, ihre Mobilität in städtischen und ländlichen Räumen, ihre Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und die Bedingungen, unter denen sie aufwachsen. Kinder und Jugendliche in unserem Diözesanverband sind direkt von den Entscheidungen der Landesparlamente in Rheinland-Pfalz und im Saarland betroffen.

Unsere Forderungen:

- Die Beschlüsse der Landesjugendringe Rheinland-Pfalz und Saar sind die Grundlage unserer landespolitischen Forderungen für junge Menschen.
- Wir fordern von der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und der Landesregierung des Saarlandes sowie von den Landesparlamenten:
- Den Ausbau institutionalisierter Mitspracherechte für junge Menschen in Politik durch dauerhaft angelegte, geeignete Beteiligungsformate. Beteiligung knüpft dabei an kindliche sowie jugendliche Lebenswelten an und Beteiligungsprozesse erfolgen zielgruppenbezogen und differenzsensibel.
- Eine Absenkung des Wahlalters auf mindestens 16 Jahre.
- Finanzielle Investitionen in außerschulische Jugendbildung.

³ Beispielhafte Auswahl: BDKJ-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 (BDKJ-Hauptausschuss, 2024, abrufbar unter https://www.generation-jetzt.de/fileadmin/generation-jetzt/Dateien/BDKJ_GenerationJetzt_Wahlprogramm_release.pdf, 13.05.2025) sowie die Kommentierung des Koalitionsvertrages durch den Bundesvorstand (abrufbar unter https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/aktuelles/2025/Koalitionsvertrag_2025.pdf, 13.05.2025), Beschluss „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“ (BDKJ-Hauptversammlung 2025), Beschluss „Verbotsverfahren gegen die gesichert rechtsextreme AfD – Jetzt!“ (BDKJ-Hauptversammlung 2025), Beschluss „Selbstbestimmt und gleichberechtigt: Forderungen zur Stärkung der Rechte von Mädchen und Frauen“ (BDKJ-Bundesfrauenkonferenz, 2025)

- Stärkere Verankerung von Demokratiebildung in allen Schulformen.
- Den Ausbau des ÖPNV als umwelt- und jugendfreundliches Verkehrsmittel und die Einführung eines kostenlosen ÖPNV für Schüler*innen, Auszubildende sowie Freiwilligendienstleistende. Speziell im Saarland fordern wir die Fortführung des Junge-Leute-Tickets oder vergleichbarer Angebote.
- Den schnelleren Ausbau von digitaler Infrastruktur, um jungen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu digitalen Bildungsangeboten zu ermöglichen.
- Eine Stärkung von ehrenamtlichem Engagement, beispielsweise durch die Erhöhung der Attraktivität der Jugendleiter*innenCard (Juleica).
- Speziell im Saarland eine rasche Umsetzung und Ausgestaltung des Junge-Menschen-Beteiligungsgesetzes und insbesondere die Einrichtung der zentralen Fach- und Servicestelle.

Unser Beitrag:

Als BDKJ Speyer organisieren wir im Vorfeld der Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz sowie im Vorfeld der Landtagswahl im Saarland 2027 jeweils eine Kampagne, die sich schwerpunktmäßig mit Kinder- und Jugendpolitik im jeweiligen Bundesland befasst. Außerdem sollen die Positionen der demokratischen, aktuell im jeweiligen Landtag vertretenen Parteien beleuchtet werden. Für beide Kampagnen wird die Marke #GenerationJetzt genutzt. Eine Kooperation mit anderen BDKJ-Diözesanverbänden, die in Rheinland-Pfalz und dem Saarland tätig sind sowie mit den jeweiligen Landesjugendringen wird geprüft.

4. Kommunalpolitik

Kommunale Kinder- Jugendpolitik hat für die Mitbestimmung und Interessenvertretung junger Menschen eine zentrale Bedeutung. Auf kommunaler Ebene werden wichtige Entscheidungen getroffen, die das Leben junger Menschen direkt beeinflussen. Auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Jugendverbänden vor Ort werden hier festgelegt. Gleichzeitig ist es für viele junge Menschen schwierig, sich in kommunalpolitische Prozesse einzubringen. Häufig fehlt es an Wissen über Strukturen und Abläufe oder es gibt sprachliche Hürden. Dadurch bleiben ihre Interessen oft ungehört. Gute kommunale Jugendpolitik bedeutet für uns, dass Kinder und Jugendliche Beteiligung an politischen Entscheidungen haben und ihr Einfluss in der Kommune in einem für sie überschaubaren Zeitraum auf ernst gemeinte Resonanz stößt und als (selbst)wirksam erfahren wird.

Eine starke Präsenz auf kommunaler Ebene ist außerdem wichtig, um die Interessen junger Menschen wirksam vertreten zu können – auch auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene. Ohne eine feste Verankerung vor Ort fehlt die Grundlage, um jugendpolitische Anliegen überregional glaubwürdig und durchsetzbar zu vertreten.⁴ [4]

Wir fordern:

- Den Ausbau institutionalisierter Mitspracherechte für junge Menschen durch niederschwellige, geeignete Beteiligungsformate. Beteiligung knüpft dabei an kindliche sowie jugendliche Lebenswelten an und Beteiligungsprozesse erfolgen zielgruppenbezogen und differenzsensibel.

⁴ Vgl. hierzu Beschluss „Kommunale Jugendpolitik als Baustein jugendverbandlicher Zukunft“ (BDKJ-Hauptversammlung 2025) und Beschluss „Jugendbeteiligung – Unser Beitrag zur Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik“ (Diözesanversammlung des BDKJ Speyer, 2015).

>> Diözesanversammlung | BDKJ Speyer

27.06. – 29.06.25 | Dürkheimer Haus, Bad Dürkheim



Beschluss Nr. 5

- Dass Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen relevanten Bereichen stattfindet, also neben der Schule und der Kinder- und Jugendhilfe z. B. auch bei Verkehrspolitik, Wohnpolitik, Stadt- und Regionalentwicklung, Infrastruktur und Klimaschutz.
- Die Existenz unabhängiger Ansprechpartner*innen zur Initiierung und Unterstützung von Beteiligungsprozessen vor Ort.
- Eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort.
- Eine Stärkung von ehrenamtlichem Engagement, beispielsweise durch die Erhöhung der Attraktivität der Jugendleiter*innenCard (Juleica).

Unser Beitrag:

Der BDKJ Speyer unterstützt Maßnahmen der Regionalverbände, die eine ausdrücklich kommunalpolitische Relevanz für Kinder und Jugendliche haben. Die Regionalverbände bringen sich fortlaufend in kommunale Gremien wie Kreis- und Stadtjugendringe ein. Die KORV evaluiert unser jugendpolitisches Wirken auf Kommunalebene. Der Diözesanvorstand prüft, wie (insbesondere kommunale) jugendpolitische Kompetenzen in unseren Strukturen gefördert werden können.

>> Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	29	X	angenommen
Nein-Stimmen:	0	O	abgelehnt
Enthaltungen:	4	O	vertagt